

Expertise der Polizei Rheinland-Pfalz auf dem Deutschen Präventionstag in Magdeburg gefragt.

07. Juni 2016

Der Deutsche Präventionstag

Neben der Ausrichtung des jährlichen Kongresses versteht sich der Deutsche Präventionstag als ganzjährige Info- und Dokumentationsplattform im Themenfeld der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche.

Seit 1995 wird der jährliche Kongress in wechselnden deutschen Städten veranstaltet.

Der 21. Deutsche Präventionstag fand am 6./7. Juni in Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt statt. Das Kongressthema lautete: „Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses“.

Wels und Hamm stellten den rheinland-pfälzischen Ansatz einer bürgernahen Polizeiarbeit vor. Darüber hinaus standen Sie auf Einladung der GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) als Experten zur Verfügung und erörterten im Rahmen einer Podiumsdiskussion Zusammenhänge zwischen Gewaltpräventionsprojekten in ausgewählten afrikanischen Ländern vor der provokanten These „Was kann Deutschland von diesen Beispielen lernen?“.

Themenbox Polizeiliche Prävention

Im Wechsel mit dem Geschäftsführer ProPK (Polizeiliche Kriminalprävention) Andreas Mayer und den Vertretern des baden-württembergischen Innenministeriums Tina Reinwald und Rüdiger Schilling beleuchteten Hamm und Wels den Nutzen und das Erfordernis der polizeilichen Prävention. Im Ergebnis kamen die Experten zu dem Schluss, dass der Bürger einen zentralen erfolgskritischen Faktor für erfolgreiche Polizeiarbeit darstellt.

Wels und Hamm legten im Wechselspiel die Grundlagen für die inhaltliche Auseinandersetzung, indem sie die Rolle der Polizei zwischen den Polen Freiheit und Sicherheit vor dem aktuellen Kontext zur Diskussion stellten.

Zentrale Botschaft hierbei war, dass es sich um einen fortwährenden Aushandlungsprozess handelt, der sehr differenziert und frei von Emotionen und kurzfristigen symbolischen Entscheidungen vorgenommen werden muss. Eine reflexartige Verschiebung gerade vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohung sollte auch aufgrund der Lehren des benachbarten Auslands (vgl. Frankreich und Belgien) vermieden werden. Wie in den Nachbarländern zu erkennen ist, führen die



immer gleichen Handlungsmuster von Gesetzesverschärfungen über Aufrüstung in Bezug auf Ausstattung der Polizei bis zu Abschottung durch immer mehr geschlossene Einheiten eben nicht zu den erhofften Effekten.

Im Gegenteil tragen sie zu einer Entfremdung von Staat und Bürger bei. In der Konsequenz verliert die Polizei ihren wichtigsten Partner, der immerhin 9 von 10 Straftaten an die Polizei heranträgt. „Blinde Flecken“ verstärken sich in der Gesellschaft und abgeschottete Räume in Kombination mit einem Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Institutionen führen zu Parallelstrukturen

und im Extremfall dazu, dass der Bürger das Recht in die eigenen Hände nimmt. So zeigte Wels aus psychologischer Sicht auf, dass die Übergriffe in Köln für eine Verunsicherung in der Gesamtbevölkerung gesorgt haben. Diese Verunsicherung sei einem Kontrollverlust gleichgekommen. Es hätten Frauen und Männern in dieser Situation anscheinend Handlungsmuster gefehlt, um auf derartige Situationen adäquat zu reagieren. Die Tatsache, dass auch Polizei scheinbar keine Mittel gehabt habe, um zu reagieren, habe diese Situation zusätzlich verschärft. Vor diesem Hintergrund seien die Reaktionen der Bürger, sich mit Pfefferspray und kleinen Waffenscheinen zu rüsten bzw. Bürgerwehren aufzustellen zwar bedenklich, aber menschlich durchaus nachvollziehbar. Letztlich sei der Mensch immer bestrebt Hilflosigkeit zu vermeiden und Kontrolle zurückzugewinnen.

Gerade hier ergibt sich aus Sicht von Hamm eine entscheidende Möglichkeit als Polizei wirkungsvoll zu agieren und die Rolle der Polizei als wesentlicher Garant der inneren Sicherheit zu justieren und authentisch zu erklären und damit Vertrauen zu erhalten bzw. zurückzugewinnen.

Es bedarf dazu einer offenen Kommunikation und gleichzeitig einer professionellen Gewährleistung der Sicherheit durch reflektierte, angepasste Konzepte und taktische Varianten.

Es gilt den Spagat zwischen einer bürgerorientierten Schutzinstanz und einer staatsorientierten Eingriffsinstanz auszubalancieren und dem leider immer wieder entstehenden Eindruck: deeskalierende und kommunikative Polizei = Polizei light entgegenzutreten.

Hierzu gehört auch die Enttabuisierung der Gewalt im polizeilichen Kontext.

Aufgabe der Polizei ist es auch Aggression im gesellschaftlichen Kontext auf sich zu ziehen, mit dieser umzugehen und im Rahmen der Verhältnismäßigkeit auch Gewalt auszuüben. Dafür ist sie die Trägerin des Gewaltmonopols. Das ist auch Teil der Erwartungshaltung des Bürgers an die Polizei. Diesen Anspruch hat der Bürger zu Recht an seine Polizei, denn im Gegenzug verzichtet er darauf das Recht in die eigene Hand zu nehmen.

In Rheinland-Pfalz zeigt sich dieser Aushandlungsprozess exemplarisch an den Arbeitsgruppen Bürgerbeteiligung und Lebensbedrohliche Einsatzlagen, die parallel die Pole Freiheit und Sicherheit, Bürgerpolizei versus staatsorientierte Polizei abbilden und in der Konsequenz dafür Sorge tragen, dass eben keine unreflektierte,

einseitige Verschiebung stattfindet.

Die Resonanz auf den Vortrag war eindeutig positiv. Dies zeigte sich an dem großen Interesse für den rheinland-pfälzischen Ansatz. Vertiefende Gespräche im Anschluss mit polizeilichen aber insbesondere auch nicht-polizeilichen Teilnehmern machte dies eindrucksvoll deutlich. Unsere mitgebrachten Broschüren „Bürger und Polizei 2.0“ waren schnell vergriffen.

Die Einladung des GIZ als Experten für eine bürgernahe Polizei aufzutreten

Podiumsdiskussion des GIZ

beruhte auf dem Vortrag, den Hamm auf dem Alternativen Polizeikongress 2015 in Hamburg hielt sowie der dazugehörigen Publikation der Masterarbeit „Bürgerbeteiligung und Polizei. Chancen, Risiken und Grenzen einer lokalen Beteiligung.“

Frau Dr. Marion Popp, Direktorin des GIZ fragte an inwieweit die deutsche Polizei von den Erfahrungen der in Afrika umgesetzten Projekte einer bürgerorientierten Polizei lernen könne. Der erste Gedanke: nichts. In zwei Hintergrundgesprächen erfolgte ein fachlicher Austausch mit der Konsequenz, dass es durchaus gemeinsame Anknüpfungspunkte gibt. So betreibt das GIZ als Nebeneffekt Feldforschung in Bezug auf die gesellschaftlichen Strukturen

in den Einsatzgebieten. Dies entfaltet im Zuge der Flüchtlingsbewegung Relevanz im Hinblick auf importierte Konflikte und tradierte Verhaltensmuster und Wertesysteme. Die dargestellten Beispiele aus dem Niger, der Demokratischen Republik Kongo sowie dem Süd-Sudan haben gemeinsam, dass Vertrauen in staatliche Institutionen und deren Problemlösungsfähigkeit nicht vorhanden ist. Die Menschen müssen sich selbst um ihre ureigensten Interessen (u.a. Sicherheit) kümmern und es existieren in der Folge verfestigte Parallelstrukturen sowie eine Kultur der Straflosigkeit. Staatlichen Repräsentanten wird mit Misstrauen begegnet. Die Angst vor Willkürmaßnahmen ist groß.

Das beschriebene Polizeibild wird nach Deutschland importiert und es gilt dies im Umgang mit den zu uns kommenden Menschen zu berücksichtigen. Darüber hinaus zeigen diese Beispiele eindrucksvoll wie wichtig es ist das Vertrauen der Bevölkerung zu haben und als verlässliche Instanz zu gelten, um Parallelstrukturen erst gar nicht entstehen zu lassen bzw. ihnen keinen Raum zu geben.

Zudem unterstützt das GIZ zunehmend beim Aufbau einer effektiven Grenzsicherung, um insbesondere ein unkontrolliertes Ein- und Ausreisen von Terroristen zu unterbinden. Hilfe bzw. Beratung zur Selbsthilfe stehen somit als Beitrag auch für die Innere Sicherheit unseres Landes. In einer globalisierten Welt sind die Zusammenhänge zwischen Äußerer Sicherheit und Innerer Sicherheit zunehmend fließend und nicht mehr voneinander zu trennen. Ein Engagement in der beschriebenen Art birgt neben der entwicklungspolitischen Komponente auch den hier nur exemplarisch angerissenen Mehrwert.

GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)

Im Auftrag des Auswärtigen Amtes unterstützt die GIZ mit dem Polizeiprogramm Afrika seit 2008 den Aufbau von Polizeistrukturen in Afrika.

Dabei ist das Vorhaben als Rahmenprogramm mit teilweise wechselnden Ländermaßnahmen konzipiert. Durch Beratungsleistungen sowie durch Trainings-, Infrastruktur- und Ausstattungsmaßnahmen unterstützt das Programm den institutionellen Aufbau und stärkt die Leistungsfähigkeit nationaler Polizeikräfte

Darüber hinaus leistet das Vorhaben einen Beitrag zur Stärkung der Polizeikomponenten der Afrikanischen Union (AU), der Afrikanischen Eingreiftruppe (African Standby Force, ASF) und ihrer regionalen Polizeikontingente sowie der AU-Friedensmissionen.



RheinlandPfalz

HOCHSCHULE DER POLIZEI
RHEINLAND-PFALZ

Antje Wels (MSc.)
Psychologierätin

Christian Hamm (M.A.)
Polizeirat

Hochschule der Polizei
Rheinland-Pfalz